

von freiwilligen Hilfskräften wahrgenommen werden sollen. Sollte zum Beispiel daran gedacht sein, diese Hilfskräfte zu bewaffnen oder sie bei der Verbrechensbekämpfung einzusetzen, sollten sie Befugnisse zum Eingriff in die Rechte, insbesondere die Grundrechte der Bürger erhalten, dann wird es ein klares Nein der SPD-Fraktion geben. Von den eingangs zitierten Nebenaufgaben der Polizei abgesehen, sind die Gesetze und Verordnungen, die ein Polizeibeamter täglich anwenden muß, so umfangreich und kompliziert, daß sie von freiwilligen Helfern mit ungenügender Ausbildung nicht beherrscht und angewandt werden können, ohne daß Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit dabei Schaden leiden.

Auch ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß sich für eine solche Aufgabe vornehmlich Personen melden, die von der Macht, die sie sich vom Tragen der Polizeiuniform versprechen, angezogen werden. Sie würden sehr bald versucht sein, diese Macht zu gebrauchen und nicht zuletzt hierdurch dem Ansehen der Polizei erheblichen Schaden zuzufügen.

F.D.P.: Freiwilliger Polizeidienst wird keinen aktiven Polizeibeamten ersetzen

Für die F.D.P.-Fraktion nimmt ihr Vorsitzender, Hans Koch, wie folgt Stellung: Die F.D.P.-Fraktion hat bereits früher die Initiative des Innenministers begrüßt. Wie jüngste Meinungsumfragen bestätigen, mißt die Bevölkerung dem Schutz der inneren Sicherheit nach wie vor außerordentliche Bedeutung bei. Der Polizei fehlt es jedoch an Kräften, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Die angespannte Personalsituation wird besonders in den Fehlstellen und in der erheblichen Zahl von Überstunden deutlich.

Der Gedanke, angesichts dieser Situation die Polizei durch einen freiwilligen Polizeidienst bei bestimmten Aufgaben zu entlasten, sollte daher ernsthaft geprüft werden. Die seit 10 Jahren in Baden-Württemberg gesammelten Erfahrungen und die Erfahrungen mit ähnlichen Einrichtungen in anderen europäischen Ländern (z. B. in Großbritannien) beweisen die Brauchbarkeit und Nützlichkeit eines freiwilligen Polizeidienstes. Die Beteiligung ehrenamtlicher Kräfte bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben hat zudem gerade in Deutschland eine bewährte Tradition, wie das Beispiel der freiwilligen Feuerwehr zeigt.

Die Angehörigen des freiwilligen Polizeidienstes könnten vor allem an Wochenenden die Polizei bei solchen Aufgaben entlasten, die nicht unbedingt den Einsatz von ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten erfordern. Hierbei ist insbesondere an die Verkehrsregelung bei friedlichen Großveranstaltungen aller Art zu denken. In jedem Fall dürfen die Polizeihelfer nur zusammen mit Polizisten und unter ihrer unmittelbaren Leitung eingesetzt werden.

Die Polizeihelfer müssen gründlich ausgebildet werden, damit sie über die Voraussetzungen und Grenzen polizeilichen Handelns eingehend unterrichtet sind. Darauf wird die F.D.P.-Fraktion bei den notwendigen Beratungen im Parlament besonders sorgfältig achten.

Porträt der Woche

Er kann und will seine Herkunft nicht verleugnen: Heinz Urban, neuer Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für Grubensicherheit, ist ein echtes Kind des Reviers. Landschaft und Leute haben ihn ebenso geprägt wie die sozialdemokratische Überzeugung der Familie, in die er als das jüngste von acht Kindern am 15. Januar 1925 hineingeboren wurde. Schon der Achtjährige mußte Nazi-Terror miterleben, als die Schergen des Regimes den Vater abholten. Der älteste Bruder emigrierte nach Holland, um dort später dann doch den Nazis in die Hände zu fallen. Dieser Bruder überlebte die Befreiung aus dem Konzentrationslager nicht lange.

Fritz Henssler, Käthe Schaub und Heinrich Wenke, Sozialdemokraten der „ersten Stunde“, waren dem schwerverwundet aus dem Krieg heimgekehrten Heinz Urban Lehrmeister und Helfer für die politische Arbeit. Sie stellten damit Weichen für den Weg des jungen Mannes.

Es ist also kein Wunder, daß er so vorprogrammiert Politik immer als Dienstleistung am Mitmenschen verstanden hat. In dieses Bild paßt eigentlich auch hinein, daß er in jetzt elf Landtagsjahren im Plenum noch nie „das Wort ergriffen“ hat. Er hält nicht viel vom Deklamatorischen, lieber „macht er dat Dingen“, würde man in seiner Heimat sagen. Das will heißen, er steht seinen Mann dort, wo — von der Öffentlichkeit kaum bemerkt — der größere Teil der parlamentarischen Arbeit geleistet wird, in den Ausschüssen, in den Arbeitskreisen der Fraktion. Mindestens ebensoviel Energie investiert Urban an der politischen Basis, um einen, diesem Manne gewiß nicht zuzuordnenden Modebegriff zu gebrauchen. Dort, in Gelsenkirchen, erschöpft sich sein Wirken



Heinz Urban (SPD)
Vorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für Grubensicherheit

jedoch keineswegs darin, in stundenlangem Politpalaver die Unentbehrlichkeit der eigenen politischen Potenz darzutun. Vielmehr erwirbt er Anerkennung durch Leistung.

Mit alten Freunden gründete er — das ist einmalig in der Bundesrepublik — den „Bauverein der Falkenjugend“, um Jugendheime bauen zu lassen. Sie stehen allen Jugendlichen offen, und die Heimleiter müssen die meiste Zeit, so weiß Heinz Urban zu berichten, den „Nichtorganisierten“ widmen. Acht Heime stehen in Gelsenkirchen, das neunte ist im Bau. Geld des Landes und der Stadt helfen. Vieles aber macht Urban, gelernter Bauschlosser und deshalb im technischen Zeichnen versiert, selbst. So vor allem Zeichnungen. „Ich hab' sogar die Nägel mit eingezeichnet, das tun Architekten nicht“, bekennt er mit Stolz.

Das Bauzeichnen nennt er Freizeitbeschäftigung. Sein zweites Hobby hat einen Namen: FC Schalke 04. „Ob die gewinnen oder verlieren und ich mich ärgern muß, entspannen tu ich mich.“ Und zur Entspannung zählt auch, daß er Schalker Spieler mit Jusos über die Wirkung des Spitzensports auf den Breitensport diskutieren ließ.

Panem et circenses? Oder sollte man besser und freundlicher sagen „Sozialpolitik und Fußball“ — eine echte Reviersynthese.

Karl Lohaus